

Wie mahnen?

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wird weiterhin heftig diskutiert

Rührt die Schärfe des Streits daher, daß es zwar überall auf der Welt Siegessäulen und Heldendenkmäler sowie Trauerstätten für die Opfer von Kriegen gibt – nicht aber Vorbilder dafür, wie sich eine Gesellschaft ihrer eigenen Verbrechen erinnern kann? Zwar bestreitet kaum eine der beteiligten Parteien die Notwendigkeit eines eigenständigen Holocaust-Mahnmals im Herzen der neuen Mitte Berlins.

Jetzt aber hat die seit mehr als zehn Jahren stark emotional geführte Debatte (vgl. HK, Oktober 1998, 490) wieder an Schärfe zugelegt, nachdem *Michael Naumann*, der Bundesbeauftragte für Kultur, Mitte Dezember einen weiteren Vorschlag angekündigt und im Januar vorgelegt hat. Naumann, der sich noch vor der Bundestagswahl gegen ein Mahnmal in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor ausgesprochen hatte, präsentierte die inzwischen dritte Auflage des vom US-amerikanischen Architekten *Peter Eisenman* konzipierten Stelenwalds.

Diesmal geht es nicht nur darum, die monumentalen Ausmaße des Monuments erneut zu beschneiden, sondern dem suggerierten Gräberfeld ein „Haus des Erinnerns“ beizugesellen: An der Nordseite soll die große Fläche von einem – zum Mahnmal hin aufgelockerten – massiven Block aus schwarzem Stahl abgeriegelt werden. Dieser soll eine Bibliothek mit Holocaustliteratur, Ausstellungsflächen und ein Forschungszentrum aufnehmen.

Ein Kompromißvorschlag, der – wie sich Kritiker unterschiedlicher Couleur einig sind – weder Fisch noch Fleisch ist. Die Verfechter des Mahnmals beklagen eine didaktische Ruhigstellung des anamnetischen Imperativs, sich das ungeheuerliche Geschehen vergegenwärtigen zu sollen. Bibliothekare, Mu-

seumsleute und Forscher schlagen die Hände über dem Kopf zusammen, weil die in Berlin selbst bereits reichlich vorhandenen Gedenkstätten, Dokumentationszentren und wissenschaftlichen Einrichtungen gerne besser ausgestattet wären und für jenes Projekt nun mit einem Schlag 180 Millionen Mark zur Verfügung stehen sollen – nicht gerechnet die Unterhaltskosten. Die Peinlichkeit, eventuell einen dritten Wettbewerb ausschreiben zu müssen, einmal beiseite gelassen, wäre ein Teil des Geldes tatsächlich für eine bessere Ausstattung der „Topographie des Terrors“ im ehemaligen Gebäude der Gestapo, das nur wenige Minuten entfernt liegt, weitaus sinnvoller eingesetzt.

Der Einwand der Puristen allerdings, daß die Kunst sich selbst auslegen sollte, und eine gewisse Mehrdeutigkeit des Kunstwerks nicht vermieden werden kann, verbleibt im Prinzipiellen: Ein solches Mahnmal muß noch keine „Bankrotterklärung der ursprünglich geforderten Symbolik“ sein (Süddeutsche Zeitung, 2.2.99), weil es bei der Anlage schließlich um eine inhaltlich bestimmte Erinnerung, um konkrete Schuld und Scham und eine wohl unumstrittene Botschaft geht: daß sich die zwölf Jahre nationalsozialistischer Schreckensherrschaft, die ihre Zuspitzung im Mord an den Juden fand, nicht wiederholen dürfen. Insofern sollte das Loblied auf die Ästhetik hier eher leise gesungen werden.

Schlüssiger ist deshalb der vom Berliner Theologen und Politiker *Richard Schröder* eingebrachte Vorschlag, ein in die Fläche gehendes Mahnmal aufzugeben und für die Neugestaltung lediglich vorzugeben, daß die Mahnung „Nicht morden!“ in hebräischen Lettern gestaltet werden soll (Die Zeit, 21.1.99). Das Gebot des Dekalogs, das kein Sondergut der jüdisch-christlichen Tradition ist, könnte zusätzlich in allen Sprachen der von den Nationalsozialisten Verfolgten wiederholt werden. Nur dann mahne das Mahnmal wirklich und werde nicht zu einem bloß rückwärtsgewandten Denkmal.

Der Ort des Gedenkens soll zwar Stätte der Trauer um die Opfer sein, wie auch Bekenntnis zur Schuld der Deutschen. Letztlich wird es aber wohl um ein Erinnern für die Zukunft gehen müssen. *Hans-Joachim Meyer*, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, hat deshalb Schröders Einspruch nachdrücklich begrüßt.

Weitere Punkte des Umgangs mit dem Holocaust sind ebenfalls noch längst nicht geklärt: Das Ende Januar der Öffentlichkeit übergebene Jüdische Museum in Berlin besticht durch seine Architektur, ein Ausstellungskonzept gibt es noch nicht; ob und wo in Berlin die Videos mit den Zeugnissen der Überlebenden des Holocaust von der Shoa-Stiftung *Steven Spielbergs* untergebracht werden, ist weiterhin unklar; der 1996 zum ersten Mal offiziell begangene Jahrestag zur Befreiung von Auschwitz am 27. Januar ist bis dato alles andere als im Bewußtsein der Menschen verankert. Es bleibt also noch viel zu tun, um von einem Gesamtkonzept für die Erinnerungskultur in Deutschland sprechen zu können.

Dabei wäre zu berücksichtigen, worauf Bundespräsident *Roman Herzog* in seiner Ansprache am 27. Januar vor dem Bundestag hingewiesen hat: Das Erinnern an den Holocaust wird in Deutschland nur dann eine Zukunft haben, wenn es gelingt, die jüngeren Generationen stärker mit einzubeziehen. Junge Menschen hätten sich an den erregten Diskussionen über die Friedenspreisrede *Martin Walsers* (vgl. HK, Dezember 1998, 598) auffallend wenig beteiligt. Und weiter: Man könne kein Verhältnis zur Geschichte gewinnen, wenn es nicht auch erlaubt sein dürfe, „die alten Denkmuster und die alten Sprachspiele zu durchbrechen“ – um einer lebendigen Erinnerung willen. Unbezweifelbar bleibt es immer wieder eine Aufgabe, über die dunklen Seiten der Geschichte der Deutschen besser zu informieren. Gerade die Jungen, deren Verstrickung in das Unrecht heute nur noch äußerst vermittelt über die Generation ihrer Großeltern gegeben ist, wollen sich allerdings nicht ohne weite-

res die im Jahr 1968 geronnenen Diskursvorgaben ihrer Eltern aufdrängen lassen. Innerhalb des dringend notwendigen Konzepts für eine bundesrepublikanische Kultur des Erinnerns wird deshalb viel darauf ankommen, Freiräume zu schaffen, in denen die angemessene Art und Weise des Sich-Erinnerns offen diskutiert werden kann. So wichtig ein zentrales Holocaust-Mahnmal zwischen Parlament und Potsdamer Platz ist, mit einem eher abstrakten Denkmal allein wäre noch nicht viel gewonnen. S. O.

For president!

Eine ostdeutsche Naturwissenschaftlerin soll Johannes Rau herausfordern

Mit einem Quotenpaket also will die CDU/CSU die rot-grüne Mehrheit der Bundesversammlung sprengen. Sie hat damit einen Überraschungscoup gelandet, gleichwohl ist ihre Strategie höchst durchsichtig. Weiblich, ostdeutsch, parteilos, im politischen Geschäft mithin gleichermaßen unbekannt wie unverbraucht, eine „Quereinsteigerin“ und kein Politprofi, statt dessen eine profilierte Wissenschaftlerin und dabei doch keine Juristin, ihr Fachgebiet: Teilchenphysik. Das Quotenpaket heißt *Dagmar Schipanski*, ist Mutter von drei Kindern und stammt, wie ein Kommentator liebevoll scherzte, aus dem tiefen Thüringer Wald.

Die Reaktionen auf diese Nominierung waren einhellig; die Überraschung wich schnell Kritik und Mitleid für die chancenlose „Zählkandidatin“: Die Frau, die Ostdeutsche und die Quereinsteigerin soll durchschaubarem Parteikalkül geopfert werden. Denn bislang zumindest verliefen Bundespräsidenten-Wahlen in Deutschland überraschungsfrei, entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in der Bundesversammlung, der alle

Bundestagsabgeordneten und die gleiche Zahl von Ländervertretern angehören. Für die Wahl am 23. Mai sprechen die Mehrheitsverhältnisse aber – auch nach der Hessenwahl – für den sozialdemokratischen Bewerber *Johannes Rau*.

Mit *Dagmar Schipanski* bewirbt sich zum vierten Mal eine Frau um das Amt des Staatsoberhauptes. Und auch ihre Vorgängerinnen, von SPD, Grünen und FDP aufgestellt, hatten keine Chance: 1979 kandidierte die ehemalige sozialdemokratische Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger* gegen den von der CDU nominierten *Karl Carstens*. 1984 stellten die Grünen die Schriftstellerin *Luise Rinser* gegen den von der CDU/CSU benannten *Richard von Weizsäcker* auf und 1994 trat die FDP-Politikerin *Hildegard Hamm-Brücher* gegen *Roman Herzog* als Unionskandidaten an.

Welche Hintergedanken aber die CDU/CSU auch gehabt haben mag bei der Nominierung von *Schipanski*: Wäre es nicht doch begrüßenswert, wenn es am 23. Mai eine Überraschung gebe? Natürlich, wer wollte politische Verdienste und Qualifikation des langjährigen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten abstreiten? Fraglos ist er der geeignete Mann für dieses Amt: die gütige Vaterfigur, integrativ, wertorientiert und mit beeindruckenden rhetorischen Fähigkeiten. Und damit hebt er sich ja auch wohlthuend ab von der nur noch der Machtpolitik und dem Pragmatismus huldigenden Enkel-SPD.

Das Duell zwischen *Predigersohn* und *Pfarrerstochter* läßt sich aber sicherlich nicht mit dem Vorwurf vorentscheiden, *Schipanski* sei das Produkt parteipolitischer Strategie und Machtkalküls. Denn bei aller Wertschätzung für *Rau* darf auch nicht vergessen werden, daß seine Kandidatur Bestandteil eines „Deals“ war, das Angebot der Nominierung den Rücktritt als Ministerpräsident schmackhaft machen sollte.

Eine parteilose Naturwissenschaftlerin könnte da durchaus dem höchsten Amt

in Deutschland zu neuem Ansehen verhelfen, die für dieses Amt so wichtige Unabhängigkeit geradezu verkörpern. Vorausgesetzt sie schafft es, sich auch von den Erwartungen der sie nominierenden Partei zu emanzipieren, und vorausgesetzt sie schafft es, wirklich „offen nach allen Seiten zu sein“, wie sie bei ihren ersten Pressekontakten selbstbewußt versprach.

Und wenn, wie ihr „Vorgänger“ nicht müde wurde zu verkünden, Bildung, Wissenschaft und Forschung die „Megathemen“ eines zukunftsfähigen Deutschlands sind oder doch sein müßten, brächte *Schipanski* als ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates entscheidende Qualifikationen mit.

In jedem Fall wäre aber auch – zehn Jahre nach dem Fall der Mauer – eine Ostdeutsche ein wichtiges Symbol. Es ist ja keineswegs so, daß man angesichts des bereits erreichten Maßes des Zusammenwachsens von Ost und West schon ganz auf solche Symbole verzichten könnte. So alt aber, simpel und abgegriffen das entscheidende Argument für *Schipanski* sein mag, richtig ist es doch: Warum sollte nicht endlich einmal – am 23. Mai werden wir auch den Geburtstag des Grundgesetzes feiern – eine *Frau* als Bundespräsidentin die Deutschen nach innen wie nach außen repräsentieren? Sind diese Deutschen doch zur Hälfte eben Frauen.

Anerkennung hat die Kandidatin in jedem Fall schon deshalb verdient, weil sie offenbar keine Angst vor dem Quotenargument hat. Als Professorin, die sich in einer nach wir vor nahezu geschlossenen Männerdomäne behauptet, wird sie wissen, daß ohne die häßliche Krücke Quote, ohne eine politisch auch gewollte Förderung von Frauen, diese auch weiterhin draußen bleiben müssen.

Mit leicht verzweifelmtem Unterton kommentierte die Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes, *Ursula Hansen*, die Nominierung *Schipanski*: „Jahrelang sind wir Frauen in großer Einmütigkeit dafür eingetreten, daß endlich eine Frau das höchste Staatsamt bekleiden soll. Jetzt gibt es eine sehr re-